

sich unermüdlich für eine pastorale Weiterbildung des Klerus auf Pastorkonferenzen ein. In der Zölibatsfrage wandte er sich gegen eine starre Auslegung der kirchlichen Vorschriften. Er brachte auch Vorschläge für eine Reform des Breviergebetes, damit der Seelsorger wieder zum frömmsten Beter in der Pfarrgemeinde werde. Eine solche profilierte Persönlichkeit blieb natürlich von heftigen Anfeindungen nicht verschont. Man verbot sogar den Besuch seiner Vorlesungen. — Eine reiche Auswahl aus den Publikationen des großen Lehrers bereichern das Buch. Der Leser wird selbst von der lebendigen und ansprechenden Sprache erfaßt und unmittelbar in die geschichtliche Entwicklung hineingestellt. Dadurch weitet sich sein Horizont. Der Wert der angekündigten Reihe liegt in der Vergegenwärtigung der Geschichte, denn sie bewahrt uns vor Defaitismus einerseits und vor einem kurzlebigen Enthusiasmus, der alles Heil in der Befreiung von der Geschichte und in der Änderung des Äußeren erhofft.

*Karl Gastgeber, Graz*

*Bertrand J. De Clercq*, Religion und Politik, Konzil konkret Nr. 8, Palotti Verlag, Friedberg bei Augsburg 1969.

Ein heute viel diskutiertes Problem ist die Frage nach dem Verhältnis von Kirche und Gesellschaft, Religion und Politik. Das II. Vatikanische Konzil hat dazu zweifellos wichtige Aussagen gemacht. Zwei Realitäten werden von De Clercq näher untersucht: Die Wirklichkeit des Staates und seiner Gestaltung, der Politik. Hier geht es vor allem um die Fragen der Macht, des Rechtes, der politischen Ideologien. Auf der anderen Seite wird nach der politischen Dimension des Christentums gefragt: Traditionelle Parolen stehen zur Diskussion: „Religion ist Privatsache“, „das Christentum ist konservativ“. Die Lösung, die der Verfasser in seinen letzten Kapiteln anvisiert, entspricht dem, was das Konzil als relative Autonomie weltlicher Sachbereiche begriffen hat. Er stellt ein Christentum dar, das von der Politik befreit ist. Dem entspricht eine von religiöser Ideologie befreite sachrationale Politik. Diese Freiheit ist aber eine relative, weil dieselben Menschen, die religiös sind, zugleich politisch tätig werden.

*Paul M. Zulehner, Wien*

*Richard Hauser*, „Was des Kaisers ist“. Zehn Kapitel christlicher Ethik des Politischen, Verlag Josef Knecht, Frankfurt/Main 1968.

Dieses Buch ist eine versäumte Chance in einem immer aktuellen Bereich. Der Autor muß es geahnt haben, wenn er im Vorwort bemerkt, daß er „einer bestimmten Tradition sozialer Ethik verpflichtet“ ist. Um eine letzte Ungewißheit zu beseitigen, versichert er gleich zu Beginn, daß man diese „konservativ nennen“ mag. Der Autor hält noch dazu fest, daß er „wohl ohne die dringende Einladung des Verlages nicht einer weiteren Öffentlichkeit“ diese Arbeit vorgelegt hätte. Schade, denn das Verhältnis von Evangelium und Politik nach dem zweiten Vatikanischen Konzil in einer der Gesellschaftssituation entsprechenden Deutung wäre wohl dringend an der Zeit. Eben dieses Zweite Vatikanische Konzil wird aber von Richard Hauser wenig gewürdigt. Man findet viele Zitate von Platon über Thomas von Aquin bis zu Baudelaire; die Pastorkonstitution über die Kirche in der Welt von heute „Gaudium et Spes“ ist jedoch selten darunter. Man kann sicher nicht nach der Quantität der Zitierung gehen, es muß jedoch verwundern, daß im Zusammenhang mit der Demokratie auf den vom Sachregister angegebenen Seiten lediglich die Weihnachtsansprache 1944 Pius XII. vorkommt. Zur Belegung der Mitverantwortung der Bürger, der Rolle des Gehorsams und der Aufgabe der Autorität hätte es wohl noch aktuellere Stellen von Päpsten gegeben. Die Lehräußerungen von Päpsten nach Pius XII. finden überhaupt keine Berücksichtigung, Johannes XXIII. dürfte in seinen Enzykliken „Mater et Magistra“ und „Pacem in Terris“ offensichtlich keine Aussagen zur politischen Ethik gemacht haben. Doch nicht nur die Demokratie erleidet dieses Schicksal, auch die politischen Parteien werden stiefmütterlich behandelt. Gerade dort aber ist das Problem der Ethik in der Praxis der Demokratie am größten. Die Warnung, nicht „in Gruppenegoismus“ zu verfallen, ihre Existenz mit der des Staates gleichzusetzen und Politik als Selbstzweck zu betreiben, ist im Zeitalter der parteienstaatlichen Demokratie zu banal und zu wenig, um dem Buch eine entsprechende Aktualität zu geben. Man kann dem entgegenhalten, daß die Demokratie nicht gerade die häufigste Staatsform unter